

# Für 100% städtische Energie- und Wasserversorgung

## Kein erneuter Ausverkauf an die EnBW

Die Preise für Energie und Wasser sind seit der Privatisierung enorm gestiegen. Dafür ist die Gewinnmaximierung der Energiekonzerne verantwortlich. Egal ob im Bundes-, Landtag oder Gemeinderat, überall sorgen die Politiker von CDU/FDP/SPD/Grünen dafür, dass das hochprofitable Geschäft mit Energie und Wasser wie geschmiert läuft. Öffentlicher Druck kann ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Kämpfen wir dafür, dass die EnBW keine Verlängerung der Konzession für die Netze und keinen Einfluss mehr auf die Energie- und Wasserversorgung in Stuttgart bekommt.

### CDU, SPD, FDP, Freie Wähler, Grüne haben die TWS verkauft

2002 haben alle Fraktionen im Stuttgarter Gemeinderat von der CDU über SPD bis zu den Grünen unsere Wasser- und Energieversorgung (TWS) an die EnBW verkauft. Das war der größte Ausverkauf kommunalen Eigentums, den es jemals in Deutschland gab. Der damalige Stadtrat und heutige Cannstatter Bezirksbeirat der Linken, Siegfried Deuschle, war der einzige Stadtrat, der diese beispiellose Verscherbeltung angeprangerte und aus prinzipiellen Gründen abgelehnt hat.

EnBW bedienen wollen. Das Ausschreibungsverfahren für die Neuvergabe der Konzessionen ab 2014 ist ein Trick für den erneuten Zugriff auf Netze und Betriebsführung durch die EnBW. Den Zuschlag für die Versorgung aller städtischen Einrichtungen von der Straßenbeleuchtung über die Versorgung von Schulen, Klinikum bis zum Rathaus und die Wohnungen der WWSG hat die EnBW bereits erhalten. Die Bevölkerung von Stuttgart soll als Verbraucher und Steuerzahler weiter bezahlen für die Misswirtschaft des EnBW-Vorstands, für die Kosten des Betriebs der lebensbedrohlichen AKWs, den Bau eines radioaktiv strahlenden neuen Zwischenlagers für Castoren in Neckarwestheim, für den Bau von umweltschädlichen Kohlekraftwerken, für die Millionen Euro Bestechungsgelder der EnBW, für den völlig überkauften und verfassungswidrigen Rückkauf der EnBW-Aktien durch Mappus, für verlogene Werbeplakate über angeblich „grünen Strom“. Wer die Stromrechnung nicht bezahlen kann, dem wird der Energiehahn kurzerhand abgedreht. So ist es im letzten Jahr nach offiziellen Zahlen 2.000 Stuttgarter Haushalten gegangen.

### Konzessionen der EnBW laufen Ende 2013 aus

Ende 2013 laufen die Konzessionsverträge für alle Netze mit der Stadt aus. Die gesamte Energie- und Wasserversorgung

kann dadurch wieder in städtische Hand kommen. Dies ist die Forderung eines Bürgerbegehrens, das von 27.000 Stuttgartern unterstützt wurde. Die EnBW setzt alle ihre Machtmittel ein, um das zu verhindern. Wenn sie was abgibt, dann will sie dafür das x-fache von dem, was sie vor 10 Jahren dafür bezahlt hat.

Die gesamte Wasserversorgung hat die EnBW beim damaligen Verkauf um sonst bekommen. Ein Rohrbruch nach dem anderen belegt, dass bei der Erneuerung der Rohrleitungen gespart wurde.

Wer der EnBW Kontrolle über Energie- und Wasserversorgung überlässt, kann auch **Dracula zum Chef der Blutbanken machen!**

**Für eine echte Energiewende in Stuttgart**

- 100% städtisches Eigentum und Betrieb ALLER Netze
- dezentrale, umweltfreundliche Energieproduktion
- demokratische Verwaltung und Kontrolle
- niedrigere Preise
- Übernahme der EnBW-Beschäftigten (mit ihren Tarifen) zu den Stadtwerken

**ATOMKRAFT? NEIN DANKE!** **MÜLLVERBRENNUNG STOPPEN** **DIE LINKE.**

### EnBW wird mit Ausschreibung gerettet

Heute reden alle Parteien von Rekommunalisierung, Stadtwerken und Energiewende. Das Wahlkampfversprechen der SPD von sinkenden Energiepreisen ist vorprogrammierter Wahlbetrug. Im Gemeinderat zeigt sich, dass die SPD, die Grünen genauso wie CDU/ FDP und Freie Wähler in erster Linie die Profite der

Gleichzeitig wurden die Wasserpreise extrem verteuert, zuletzt um 9,5% im August 2012. Für den Rückkauf der Wasserversorgung verlangt die EnBW von der Stadt 600 bis 750 Millionen Euro. Die Betriebsführung der Wasserversorgung soll die EnBW weiter behalten und dafür 30 Millionen im Jahr kassieren.

### **Stromanbieter wechseln reicht nicht**

Mit dem Wechsel des Stromanbieters können wir uns der Kontrolle der Energiekonzerne nicht entziehen. Wenn die EnBW Einfluss auf die Netze behält, bestimmt sie, wer wann welchen Strom ins Netz speisen darf. Die sehr effiziente, dezentrale und kostengünstigste Energieerzeugung wird dadurch ausgebremst. 25.000 Haushalte in Stuttgart sind an die Fernwärme angeschlossen. Hier hat die EnBW eine Monopolstellung, die sie skrupellos ausnutzt. Im Jahr 2012 hat sie die Preise für Fernwärme und Warmwasser um 30% erhöht. Mit der Müllverbrennungsanlage erreicht die EnBW eine geschätzte Umsatzrendite von 22 bis 42%. Deshalb muss der EnBW das Eigentum und die Kontrolle über unser Fernwärme- und alle Nahwärmenetze (z.B. Burgholzhof) entzogen werden. Auch das Fernwärmenetz muss zu 100% städtisch werden.

### **Stadtwerke ohne Netze sind wie ein Auto ohne Motor**

Für eine soziale und ökologische Energiewende brauchen wir 100%iges städtische Eigentum und die 100%ige öffentliche und demokratische Verwaltung und Kontrolle der Energie- und Wasserversorgung. Die Energiekonzerne bezahlen an der Strombörse 5 bis 6 Cent pro Kilowattstunde. Sie denken aber nicht daran ihre günstigen Einkaufspreise an die Verbraucher weiterzugeben. Deshalb und wegen der staatlichen Abgaben u.a. für die großzügigen Unternehmensrabatte bezahlen die Verbraucher 28 Cent und mehr für eine Kilowattstunde. Tendenz steigend. Die Macht der Energiekonzerne muss gebrochen werden. Eine 100%ige Rekommunalisierung der Energie- und Wasserversorgung ist ein Schritt in diese Richtung. Wenn das Netzentgelt voll und ganz bei der Stadt bleibt, kann es genutzt werden für Investitionen vor Ort und für die Senkung der Energiepreise für Privathaushalte. Stromabschaltungen könnten verhindert werden. Wie in einigen Kommunen bereits geschehen, könnte eine lokale ökologische und soziale Energiewende eingeleitet werden. Dazu gehört auch das Herunterfahren der giftigen Müllverbrennung in Münster bis zur völligen Einstellung.

### **Verbraucher und EnBW-Beschäftigte gemeinsam gegen den EnBW-Vorstand**

OB Kuhn und die meisten Stadträte behaupten, die Stadt hätte gar nicht das Know how für eine volle Rekommunalisierung. Aber so wie die Beschäftigten der TWS an die EnBW übergangen, können die Beschäftigten der EnBW Regional zu Beschäftigten der Stadtwerke werden, ohne dass dadurch ihre Tarife verschlechtert werden müssen. Mit der EnBW gibt es für die Beschäftigten keine Zukunft. Bis Ende 2014 sollen 1.350 Arbeitsplätze vernichtet werden und gleichzeitig bringen alle EnBW-Beschäftigten (bis auf den Vorstand!) Gehaltsverzicht. Wenn sich für 12 offene Stellen bei den Stadtwerken 600 Leute bewerben, darunter „viele hochqualifizierte Arbeitnehmer, auch von der Energie Baden-Württemberg“ (Stuttgarter Zeitung vom 20.6. 2012), dann kann keine Rede davon sein, dass die EnBW-Beschäftigten nicht zu den Stadtwerken wechseln wollen.

„Denn eines ist unbestritten: derzeit lässt sich mit dem Netz eine Menge Geld verdienen, zumal in Stuttgart. Mit diesem Geld könnte man die lokale Energiewende vorantreiben und den Strompreis für die Kunden senken. Das ist auch das erklärte Ziel der Stadtwerke.“  
(Kommentar von Thomas Faltin in der Stuttgarter Zeitung vom 4.7.2013)

### **Den Vorständen der EnBW den Stecker ziehen**

Die Linke steht als einzige Partei für die 100%ige Rekommunalisierung, sowohl beim Eigentum an allen Netzen als auch bei deren Betrieb. Grüne und SPD stehen wie bei der milliardenschweren Finanzierung der Zockerverluste der LBBW und dem Verkauf der 21.000 LBBW-Wohnungen an der Seite der Herren in der Chefetage der EnBW.

### **Bürgerbegehren „Fernwärmeversorgung Stuttgart“ unterschreiben**

Ende 2013 laufen alle Stuttgarter Konzessionen an die EnBW aus. Die Stadt könnte alle Netze, die sie mit dem Verkauf der TWS aus der Hand gegeben hat, zurückholen. Das derzeit laufende Ausschreibungsverfahren wird aller Wahrscheinlichkeit darauf hinauslaufen, dass die EnBW im Boot bleibt.

Die Vergabe des Fernwärmenetzes wurde von diesem Ausschreibungsverfahren abgekoppelt. Es droht, dass die EnBW das Fernwärmenetz ganz behält. Das Fernwärmenetz ist für eine dezentrale, ökologische und soziale Energiewende extrem wichtig. Die Kontrolle über das Fernwärmenetz ist auch ein Schlüssel zur schrittweisen und schließlich vollständigen Einstellung der Müllverbrennungsanlage in Münster. Die Müllverbrennung ist nicht nur extrem umweltschädlich. Sie ist für die EnBW eine Goldgrube und für die Stuttgarter Bevölkerung extrem teuer. Wir bezahlen sogar für Müll, den wir gar nicht produzieren.

Wenn die EnBW das Fernwärmenetz wie das Wassernetz aufgrund des Drucks eines Bürgerbegehrens an die Stadt zurückgeben muss, dann ist das ein erster Schritt um die Müllverbrennung in Münster zu knacken. Denn das Geschäftsmodell Müllverbrennung funktioniert für die EnBW nur im Verbund mit der Fernwärme.

Wir rufen dazu auf, das Bürgerbegehren Fernwärme mit einer Unterschrift zu unterstützen. Unterschriftenlisten und weitere Informationen gibt es hier.

[http://www.100-strom.de/files/Unterschriftenliste\\_Fernwaerme.pdf](http://www.100-strom.de/files/Unterschriftenliste_Fernwaerme.pdf)  
[www.100-strom.de](http://www.100-strom.de) und [www.hundertwasser.org](http://www.hundertwasser.org)

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Stuttgart

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart  
[www.die-linke-stuttgart.de](http://www.die-linke-stuttgart.de)